



Schwerpunkt: Sozialer Dialog in den EU-Beitrittsländern

Verbände lernen ihre Rolle

Den sozialen Dialog in den EU-Beitrittsländern fördern – BMWA finanziert Projekt

Die Länder Ost- und Mitteleuropas stehen vor dem Beitritt zur Europäischen Union. Doch auf dem Weg in die europäische Staatengemeinschaft haben sie noch erhebliche Reformanstrengungen vor sich. Zum Beispiel müssen sich die Sozialpartner formieren und neue Rollen und Umgangsformen einüben. Nachholbedarf besteht etwa beim Dialog zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften, bei Arbeitschutzregelungen und bei der Entwicklung grenznaher Wirtschaftsräume.



Sieben deutsche Organisationen mit langer Erfahrung in Mittel- und Osteuropa werden ab Juli 2003 den sozialen Dialog in den EU-Beitrittsländern fördern. Sie beraten Arbeitgeberverbände in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMA). Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) war maßgeblich an der Entstehung des Projekts beteiligt. Sie hat die SEQUA mit der Gesamtkoordinierung betraut. Fragen zum Projekt an Stefan Küpper, Leiter der BDA-Abteilung für Bildungs-, Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen.

SEQUA: Herr Küpper, wie entstand dieses Projekt?

Stefan Küpper: Das Engagement in Fragen des Sozialen Dialogs im In- und Ausland gehört zum Kerngeschäft der BDA. Schließlich stehen wir und unsere Mitgliedsverbände in permanentem Dialog mit unseren Sozialpartnern, den Gewerkschaften. Die Idee, daraus ein Projekt mit den EU-Beitrittsländern zu machen, geht auf das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit zurück.

Hat die BDA damit Neuland betreten?

Keineswegs. Wir haben – wenngleich mit bescheidenen Mitteln – bereits im Rahmen der EU-Aktivitäten PHARE und TACIS¹⁾ in Russland, Weißrussland, Polen, Tschechien und Ungarn erfolgreich Arbeitgebervertreter unterstützt und Grundlagenarbeit geleistet.

Welche Erfahrungen haben Sie dort gemacht?

Auch die Planwirtschaft kannte Gewerkschaften und Industrieverbände,

manchmal auch Unternehmensvereinigungen genannt. Allerdings wurden beide von der kommunistischen Partei dominiert. Insofern waren es keine echten Interessenvertretungen. Daher galt und gilt es, beiden Seiten ihre Rolle in einem demokratischen Staat mit marktwirtschaftlichen Strukturen zu erläutern.

Was soll das Projekt erreichen?

Wir wünschen uns, dass sich die Arbeitgeberverbände in diesen Ländern als leistungsfähige, handlungsfähige und handlungswillige tarif- und sozialpolitische Interessenvertretung verstehen. Zudem sollen sie selbstbewusst den Dialog mit der Politik aufnehmen bzw. intensivieren, damit nicht durch einseitige Entscheidungen Wettbewerbsvorteile verspielt werden. Daneben geht es um die wichtige Förderung der grenznahen Wirtschaftsräume.

¹⁾ PHARE: ursprünglich „Poland and Hungary Aid for Restructuring of the Economy“, inzwischen erweitert zu einem Hilfsprogramm für die mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten.

TACIS: Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States, Hilfsprogramm für die Gemeinschaft unabhängiger Staaten und die Mongolei.



Bauarbeiter in Tschechien: Auch sie werden von einem besseren sozialen Dialog profitieren.

Der soziale Dialog steht noch am Anfang

Bulgarien: Sozialpartnerschaft für ein positives Wirtschaftsklima

Gut, wenn man Kontakte und Netzwerke nutzen kann. Das Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft e.V. und seine Management Akademie Sachsen International (MAS) bringen ihre langjährigen Kontakte zu bulgarischen Partnern in das Projekt zur Förderung des sozialen Dialogs ein. Ein Gespräch mit Joachim Kaczmarek, Leiter Internationale Projekte der Management Akademie Sachsen im Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft e.V., das die Federführung bei der Zusammenarbeit mit Bulgarien hat.

SEQUA: Welches Interesse haben die sächsischen Arbeitgeberverbände und die Management Akademie Sachsen an der Kooperation mit bulgarischen Verbänden?

Joachim Kaczmarek: Wir haben seit mehreren Jahren intensive Kontakte zu Partnern in Bulgarien. Etwa im Rahmen des EU-Projektes „Sozialpartnerschaft und demokratische Verbandsführung“, das in enger Zusammenarbeit mit der Vereinigung der sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW) durchgeführt wurde. Das neue Projekt zur Förderung des sozialen Dialogs soll diese Kooperation vertiefen und zu einem verständnisvollen Miteinander der Sozialpartner beitragen. Das ist wichtig für eine positive Entwicklung des Wirtschaftsklimas in Bulgarien als Basis für die Kooperation mit deutschen Unternehmen.

Vor welchen Problemen stehen die bulgarischen Partnerverbände?

Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften müssen noch lernen, partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig als Träger der Interessen ihrer Mitglieder anzuerkennen. Der soziale Dialog steht noch am Anfang. Auch, weil die Gewerkschaften als Sozialpartner eine Schwächephase durchlaufen: Sie leiden unter Mitgliederschwund und haben ihre Rolle noch nicht an die neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen angepasst.

Die Arbeitgeberorganisationen (Bulgarische Wirtschaftskammer, Verband der Arbeitgeber Bulgariens, Bulgarische Handels- und Industriekammer und die Vereinigung der Privatunternehmer „Vaz-



Zufriedene Gesichter nach der Beratung des bulgarischen Arbeitgeberverbandes eabg durch die MAS.

rashdane“) befinden sich in einem Konsolidierungsprozess, der im Rahmen einer staatlichen Anerkennung noch 2003 abgeschlossen werden soll.

Der Einfluss des Staates auf den sozialen Dialog wird über den „Dreiseitigen Nationalen Rat“ gesteuert. Die in diesem Rat vertretenen Sozialpartner wollen auf der Grundlage einer „Charta für soziale Zusammenarbeit“ die Wirtschafts- und Sozialreformen in Bulgarien unterstützen und damit den sozialen Frieden sichern.

In welchen Bereichen kann Ihre Einrichtung Unterstützung geben?

Wir bringen in enger Zusammenarbeit mit den VSW-Mitgliedsverbänden unsere Erfahrungen aus der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft ein. Das Ziel lautet „Hilfe zur Selbsthilfe“ für die bulgarischen Partnerorganisationen. Schwerpunkte liegen auf dem Dialog zwischen den Sozialpartnern, der Verbesserung des Arbeitsschutzes sowie der Reform der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherung.

Die ersten Länder Mittel- und Osteuropas treten im kommenden Jahr der Europäischen Union bei. Noch sind in diesen Ländern erhebliche Anstrengungen notwendig, um die wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen einer EU-Mitgliedschaft bewältigen zu können. Dies umfasst auch den Bereich der Sozialpartnerschaft. Der tarif- und sozialpolitische Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist oftmals nur unzureichend entwickelt und wird vielfach von staatlicher Seite dominiert.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) unterstützt mit dem neuen Programm „Förderung des sozialen Dialogs in den EU-Beitrittsländern“ Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in dieser Region. Deutschland hat als wichtigster Wirtschaftspartner der Region ein unmittelbares Interesse an dieser Aufgabe, da hiervon entscheidend die Schaffung eines positiven Wirtschaftsklimas abhängt.

Wir haben im Rahmen dieses Programms die spannende Aufgabe erhalten, Arbeitgeberorganisationen in den Beitrittsstaaten zu unterstützen. Hierbei können wir auf unser bewährtes Netzwerk deutscher Verbände und Kammern zurückgreifen, die enge Kontakte zu ihren mittel- und osteuropäischen Partnerorganisationen unterhalten.

Das Programm ist für uns in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung: Wir profilieren uns auf einem neuen Fachgebiet, können die fruchtbare Zusammenarbeit mit dem BMWA ausdehnen und die Chance nutzen, enger mit unserem dritten Gesellschafter, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und deren Mitgliedsorganisationen zu kooperieren.

Dr. Markus Pilgrim
Geschäftsführer der SEQUA



„Wir brauchen Erfahrungen aus dem Ausland“

Gastbeitrag von Anton Buben über fehlende Strukturen des sozialen Dialogs in der Slowakei

Der EU-Beitritt stellt die slowakischen Klein- und Mittelunternehmer in die Konkurrenz eines größeren Marktes. Nur wenigen ist dabei bewusst, dass infolge der Mobilität der Arbeitskräfte in den EU-Ländern Fragen der Arbeitsbeziehungen, etwa des Tarifrechts, immens wichtig werden. Und anders als große Unternehmen haben die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in der Slowakei noch nicht die Notwendigkeit des sozialen Dialogs erkannt.

40 Jahre lang war in der Slowakei private unternehmerische Tätigkeit verboten, Arbeitgeberorganisationen wurden zerlegt. Erst nach 1989 kam es zur Privatisierung und großen gesellschaftlichen Veränderungen. Die Großindustrie zerfiel, es entstanden viele kleine Firmen. Die neuen Unternehmer verstanden schnell, dass sie sich zusammenschließen mussten, um gegenüber Staat und Gewerkschaften von einer starken Arbeitgeberorganisation vertreten zu werden. Die Kleinunternehmer begannen, sich in Gewerbevereinigungen und Innungen zu organisieren.

1992 wurde der Slowakische Gewerbeverband wiedergegründet, der 1952 liquidiert worden war. Durch das materielle und professionelle Erbe aus dem vergangenen Regime sind die Gewerkschaftsorganisationen unverhältnismäßig stärker als die Arbeitgeberverbände, die über keinen ausreichenden professionellen Apparat und über keine Strukturen verfügen, die bis zu den Kleinunternehmern reichen.

Der Slowakische Gewerbeverband ist seit 1995 ordentliches Mitglied der Assoziation der Arbeitgeberverbände und -vereinigungen der Slowakischen Republik und vertritt dort die Kleinunternehmer und Gewerbetreibenden. In dieser Dachorganisation, die gemäß dem Gesetz über Sozialpartnerschaft einer der Partner des sozialen Dialogs auf nationaler Ebene ist,

sehen wir die Schwächen, die wir noch auf dem Weg in die EU beheben müssen. Dringend muss die Struktur des sozialen Dialogs für klein- und mittelständische Unternehmen verbessert werden. Auch Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit sowie die Weiterbildung in Kleinunternehmen kommen ohne ein gut funktionierendes System des sozialen Dialogs nicht aus. Dazu brauchen wir gut ausgebildete Fachkräfte in Haupt- und Ehrenamt, gute Modelle und Erfahrungen aus dem Ausland.

Wir hoffen, dass das Projekt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit uns dabei stärkt. Mit der Unterstützung aus Deutschland haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht: Das Partnerschaftsprojekt mit der Handwerkskammer Trier, das von 1995 bis 2003 im Rahmen des TRANSFORM-Programms gefördert



Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in KMU stehen auf der Agenda des sozialen Dialogs in der Slowakei.

wurde, verbesserte die Strukturen des Slowakischen Gewerbeverbandes, die Professionalität seiner Arbeit und trug dazu bei, dass der Verband zum anerkannten Vertreter der Gewerbetreibenden wurde.

Der Autor Anton Buben ist Präsident des Slowakischen Gewerbeverbandes (SZZ).

Grenzüberschreitende Kooperations

Tschechische Republik: Probleme und Chancen der Grenzregion

Die Öffnung nach Westen zog einschneidende Veränderungen in der tschechischen Wirtschaft nach sich. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich auffallend verschlechtert, die Arbeitslosigkeit ist nach der Wende deutlich angestiegen. Die Grenzregion zu Deutschland wurde „verlängerte Werkbank“ für deutsche Unternehmen. Beiderseits der Grenze bestehen Ängste vor den Konsequenzen der EU-Erweiterung für den jeweiligen Wirtschaftsraum. Doch der Wandel bietet Chancen für beide Seiten.

Die Anforderungen an die tschechischen Arbeitskräfte sind im Wandel begriffen. Dies war Anlass für die Beruflichen Fortbildungszentren (bfz) der Bayerischen Wirtschaft gGmbH, sich im Jahr 2000 mit einer eigenen Organisationseinheit im Bereich Qualifizierung und Umschulung in Tschechien zu etablieren. Neben der Zentrale in Cheb (Eger) führen Niederlassungen in Nordwest- und Südwestböhmen gemeinsam mit Arbeitsämtern und Firmen aus den Bezirken Karlsbad, Most und Pilsen Umschulungen und maßgeschneiderte Weiterbildungskurse durch.

Die BMWA-Förderung eröffnet nun die Möglichkeit, die grenzüberschreitende Kooperation auszuweiten und gemeinsam mit tschechischen Arbeitgeberverbänden auf eine weitere Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse im grenznahen Raum zwischen Tschechien und Deutschland hinzuwirken.

SEQUA-Workshop: Partnerschaften für die Zukunft

Erfahrungen aus ihren Partnerschaftsprojekten und Vorschläge zur Weiterentwicklung des vom BMZ geförderten Programms diskutierten deutsche Kammern und Verbände am 17. Juni in Bonn. Das Interesse war groß: Die deutschen Projektträger kamen meist mit mehreren Vertretern zu der Veranstaltung der SEQUA. In „Open-Space-Workshops“ entwickelten sie konstruktive Ideen für die Zukunft, die die SEQUA weiter entwickeln und umsetzen wird.

Ansprechpartner bei der SEQUA:
Ralf Meier, Tel. (0228) 982 38-16,
E-mail: meier@sequa.de

Experten für ETF gesucht

Die SEQUA vermittelt erneut Fachleute zur technischen Bewertung und Finanzprüfung von Projektanträgen und -berichten im Rahmen des EU-Hochschulprogramms TEMPUS an die European Training Foundation (ETF). Vorgesehen sind mehrmonatige Einsätze in Turin. Den Auftrag hat die SEQUA in einer Ausschreibung erhalten. Weitere Infos und Bewerbungsformulare können unter www.sequa.de abgerufen werden.

Ansprechpartnerin bei der SEQUA:
Bettina Müller, Tel. (0228) 982 38-31,
E-mail: mueller@sequa.de

Neue PPP-Projekte der SEQUA mit deutschen Firmen:

- Einführung umweltschonender Produktionstechnologien für die metallverarbeitende Industrie in den Provinzen Shanzhi und Sichuan, VR China, durch die Sporenberg Umweltschutz und Verfahrenstechnik GmbH
- Ausbildung und Schulung an Georadartechnologie zur Minenräumung und anderen geowissenschaftlichen Anwendungen in Angola durch die Tricon Geophysik und Systemtechnik GmbH
- Einführung neuer Qualitätsstandards für Holzprodukte an der Universität Brasov, Rumänien, durch die Hecht Electronic AG.

PPP-Vorhaben, die aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt werden, müssen sich betriebswirtschaftlich rechnen, ein langfristiges Engagement des Unternehmens im Entwicklungsland erkennen lassen und sich durch eine besondere entwicklungspolitische Relevanz auszeichnen.

Ansprechpartnerin bei der SEQUA:
Mareike Weingärtner, Tel. 0228 / 982 38-46,
E-mail: weingaertner@sequa.de



SEQUA schult Weltbank-Mitarbeiter

Welche Potenziale bietet die Zusammenarbeit mit Kammern und Verbänden für die Privatwirtschaftsförderung? Darum ging es bei einer eintägigen Fortbildung der SEQUA für Weltbank-Mitarbeiter in Washington/DC Ende Juni. Zudem gab der Workshop konkrete Anleitung, wie man Projekte in diesem Bereich entwickelt und durchführt. Er baute auf dem von der SEQUA im Auftrag der Weltbank erstellten Handbuch zur Durchführung von Projekten der Kammer- und Verbandsförderung auf. Das Handbuch erscheint voraussichtlich im August.

Ansprechpartner bei der SEQUA:
Markus Pilgrim,
Tel. (0228) 982 38-21,
E-mail: pilgrim@sequa.de

Slowenien: Reform der Berufsbildung

Eine Delegation slowenischer Bildungsexperten hat im Mai mit deutschen Experten Erfahrungen über zentrale Fragen der jeweiligen Berufsbildungssysteme ausgetauscht. Hintergrund des Besuchsprogramms, das im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) über die SEQUA von der Handwerkskammer für München und Oberbayern durchgeführt wurde, ist die Intensivierung der deutsch-slowenischen Kooperation.

Ansprechpartnerin bei der SEQUA:
Bettina Müller, Tel. (0228) 982 38-31,
E-mail: mueller@sequa.de

www.sequa.de neu gestaltet

Sie suchen Informationen über unsere Fördermöglichkeiten, Projekte oder Ansprechpartner? Sie möchten Publikationen bestellen oder das SEQUA-Forum herunterladen? Mit unserer neu gestalteten Website informieren wir Sie jetzt noch übersichtlicher und aktueller.

Ansprechpartnerin bei der SEQUA:
Susanne Sattlegger, Tel. (0228) 98238-12,
E-mail: sattlegger@sequa.de



News auf www.sequa.de

Mehr aktuelle Infos auf unserer Homepage unter „News“:

- Mexiko: Partnerschaftsprojekt zwischen den Beruflichen Fortbildungszentren (bfz) der Bayerischen Wirtschaft gGmbH und dem Centro Empresarial de Jalisco verlängert.
- Brasilien: Partnerschaftsprojekt zwischen bfz Hof und SINAENCO in Pernambuco mit Schwerpunkt Umwelttechnik geht in die Hauptphase.
- Brasilien: Über 30.000 KMU in 27 Bundesstaaten profitieren vom Partnerschaftsprojekt zwischen HwK für München und Oberbayern und brasilianischen Verbänden.
- Vietnam: SEQUA nutzt Asia-Invest für Technologie-Transfer.
- Thailand: Partnerschaftsprojekt zwischen HwK Hamburg und Chiang Mai Chamber of Commerce erfolgreich beendet.
- Sri Lanka: Orientierungsphase des Partnerschaftsprojektes der HwK Koblenz beginnt.
- China: Konsolidierungsphase des Partnerschaftsprojektes zwischen der All China Federation of Industry and Commerce und dem DIHK/Delegiertenbüro der deutschen Wirtschaft startet.
- Indonesien: DIHK beginnt Partnerschaftsprojekt mit multipler Trägerstruktur.
- Ukraine: SEQUA trainiert mit Finanzierung der EU Kleinunternehmer und Existenzgründer.

Herausgeber:
Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung (SEQUA) Gemeinnützige Gesellschaft mbH, Mozartstraße 4-10, 53115 Bonn
Telefon (0049-228) 982 38-0
Fax (0049-228) 982 38-19
info@sequa.de
www.sequa.de
Verantwortlich: Ruth Rieckmann
rieckmann@sequa.de

Redaktion und Gestaltung:
MediaCompany Berlin GmbH, Büro Bonn
www.mediacompany.com
Wolfgang Wagener (Text),
Peter Philips (Grafik)
Druck: Mirlig und Schneider, Bonn
Fotos: Audiovisuelle Bibliothek der EU-Kommission (S. 1, S. 2, S. 3), MAS (S. 2), SEQUA (S. 4)